This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Sun Nov 22 19:56:38 2026 / +0000 GMT

Die Belastungen für alle Verbraucher steigen ins Unermessliche!

Sockelbetrag für Rentner gefordert!

Dramatisch ansteigende Benzinpreise werden für alle zu einer hohen Belastung und zwar im Besonderen für diejenigen, die ihre Mobilität für das Erreichen ihrer Arbeitsplätze nutzen müssen. Die Gier der Ölkonzerne steigt weiter und der Finanzminister langt bei der Mineralölsteuer kräftig zu. Gleichzeitig ist eine neue Debatte entbrannt über die wachsenden Energiekosten, die vermutlich in den nächsten Jahren zwischen 30 und 40 % steigen werden. Die ins Gespräch gebrachten kostenlosen Energieberater werden aus unserer Sicht nichts bewirken, denn Gewinnverluste der Konzerne durch weniger Verbrauch würden zwangsläufig zur Erhöhung des Grundpreises führen, denn der Verzicht von Einnahmen ist nicht vorgesehen. Steigende Lebenshaltungskosten im Bereich von Grundversorgungsarten, im Besonderen bei den Mieten und
Nebenkosten werden ein Übriges dazu tun, dass die Verbraucher bis an die Grenze der Belastbarkeit geführt werden. Selbst kleine Entlastungen für den Verbraucher werden von der Regierung nicht umgesetzt, wie z.B. die Abschaffung der Praxisgebühr oder der kostenlose Kindergartenplatz. Die Zukunft sieht auch nicht gerade rosig aus, wenn man an die Entwicklung der Renten denkt. Schon in wenigen Jahren werden die Rentner zu den Verlierern der wirtschaftlichen Entwicklung und der Globalisierung gehören. Die Einkommensentwicklung entwickelt sich negativ, die dynamische Rentenentwicklung stagniert nicht nur, sonder ist rückläufig. Die Altersstrukturen verschieben sich deutlich und daraus ergibt sich eine Negativprognose für die Rentenhöhe in den nächsten Jahrzehnten. Hier muss gegengesteuert werden, nicht mit
einer Zuschußrente oder Mindestrente, sondern ganz generell ist es erforderlich einen Sockelbetrag von 500,-- Euro für alle Rentner einzuführen, die bei derzeitigem Sachstand eine oder mehrere Renten beziehen bis zu 1500,-- Euro. Nur so kann sicher gestellt werden, dass die Altersarmut verhindert wird und gerecht bleibt. Diese Weichenstellung ist noch in dieser Legislaturperiode des deutschen Bundestages erforderlich. Die Verärgerung der Bürger steigt in unserem Land, nur der hohe Leidensgrad lässt weiterhin die steigende Ungerechtigkeit zu.
Kurt Tucholsky schrieb das Zitat:
Verärgerte Bürgerliche sind noch keine Revolutionäre.
Hoffentlich behält er recht.